

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 28. November 1919, Nr. 466.

Die Wohnungsanforderungen im November. In der Zeit vom 3. bis 16. November wurden in Wien 756 Wohnungen und 194 Einzelwohnräume angefordert. Von diesen Wohnungen entfallen auf Kleinwohnungen 434, auf kleine Mittelwohnungen 181, auf größere Mittelwohnungen 75, auf grosse Wohnungen 46. Diese Wohnungen bestehen aus folgenden Wohnungsbestandteilen: 1227 Zimmern, 532 Kabinetten, 671 Küchen, 286 Vorzimmern, 111 Dienerzimmer und 108 Badezimmern. Die Anforderungen sind in der genannten Zeit bei 163 Kleinwohnungen, 68 kleinen Mittelwohnungen, 32 größeren Mittelwohnungen, 19 grossen Wohnungen und 82 Wohnräumen in Rechtskraft erwachsen. Diese Wohnungen bestehen aus 513 Zimmern, 177 Kabinetten, 271 Küchen, 94 Vorzimmern, 44 Dienerzimmern und 41 Badezimmern. Hierüber berichtete StR. Dr. Scheu im Stadtrate und bemerkte, dass es nunmehr gelungen ist, sämtlichen Eisenbahnern, die obdachlos waren, Wohnungen zu verschaffen. Auch zeigen die Ziffern, wie dringend notwendig die Wohnungsanforderungen in Wien sind.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Dienstag werden im XIX. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, im XX. Bezirke jugoslawische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg und im XXI. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg und zwar je 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 18. November 1919.

Vorsitzender Egm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt folgendes mit: Die am 24. Oktober 1919 verstorbene Frau Theresia Wieser, Eriwale in Wien, I., Weiburggasse hat in ihrem letzten Willen eine unter dem Namen „Stiftung der Geschwister Heinrich und Theresia Wieser“ zu errichtende Armenstiftung für den I. und IV. Bezirk mit einem Legate von 400.000 K in 4%iger Wertsbahn-Prioritäten bedacht. Der am 19. August l.J. verstorbene ehemalige Notar Ignaz Willenbaum hat in seinem letzten Willen eine von der Gemeinde Wien zu verwaltoende Stiftung unter dem Namen „Anna und Emanuel Reichsritter von Willenbaum-Stiftung“ für in Wien wohnhafte erwerbsfähige christliche Blinde deutscher Nationalität errichtet, deren Vermögen 335.000 K betragen soll. Der verstorbene Kaufmann Hans und Realitätenbesitzer Eduard Heppich hat testamentarisch für die Armen von Meidling 1000 K gespendet und diesen Betrag der Bezirksvorsteherung Meidling zur freien Verfügung einhändig lassen.

Gesendet haben die Direktion der Ersten österreichischen Spar cassa zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpfand befindlichen Waisenkinder Wiens K 6000.--, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial von Brennmaterial an die Armen Wiens K 2000.--, zur Verteilung von Speisemarken an die Armen Wiens K 2000.--. Direktor Albert Vollmer, Ronneby, Schweden in Ansehung des Blandes und der grossen Not, welche in Wien herrscht und besonders die Kleinsten der Kleinsten betrifft, zu Gunsten einer armen kinderreichen Familie im Wege der Länderbank 1000 K. Die Gesellschaft Etablissement Bonacker, Wien zu Gunsten der Armen des I. Bezirkes K 3000.--.

Der Bürgermeister macht hierauf folgende Mitteilung: Heute um 8 Uhr morgens bin ich veranlässigt worden, dass in Markgraf Neusiedl ein Brand aus-

gebrochen ist, dem zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind. Ich wurde gebeten, eine Reihe von Ambulanzwagen sofort dorthin zu entsenden. Ich habe verfügt, dass von Seite der Gemeinde Wien 8 Autos und ein Hilfswagen zum Transporte von Verwandten entsendet werden und dass mit der Rettungsgesellschaft in Verbindung getreten wird, welche 2 Autos und Aerate abgeordnet hat. Das Unglück ist dadurch entstanden, dass in einer Baracke, in der vorher ein Einbruch stattgefunden hat, unmittelbar darauf um 5 Uhr früh ein Brand zum Ausbruche gekommen ist. Es sind zirka 50 Tote zu beklagen (Bewegung) und ausserdem 13 schwer Verletzte. Wir haben mit unseren Transport 19 Schwerverletzten Hilfe gebracht.

Nach heutigen Mittagblättern hat der Berliner Ober-Bürgermeister War-muth in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung eine Erklärung abgegeben, welche lautet: „Obwohl wir uns selbst in tiefer Bedrängnis befinden, greift doch die Nachricht über die Not dieser Schwester- und Freundesstadt und mächtig nach Herz. Es scheint, als ob die Reichsregierung nach den schwachen Kräften Deutschlands einzutreten beabsichtigt. Daneben muss aber die freie Hilfstätigkeit ihr Bestes tun. Es ist schon ein von den beiden Bürgermeistern und beiden Stadtverordnetenvorstehern unterzeichneter Antrag in Vorbereitung und wird in allerhöchster Zeit veröffentlicht werden. Ich bitte Sie, diesen Antrag und die daran zu knüpfende Tätigkeit möglichst zu unterstützen und zu fördern und in der Bürgerschaft warmes Interesse dafür zu erwecken.“

Ich habe mich veranlasst gesehen, an Herrn Ober-Bürgermeister War-muth ein Telegramm mit folgendem Wortlaut zu senden: „Mit tiefer Rührung habe ich Kenntnis genommen von den wahrheitsvollen Worten, die Sie an die Berliner Stadtverordneten richteten. Die freundschaftlichen Gefühle, die aus Ihrer zur Hilfstätigkeit auffordernden Rede klängen, sind ein Trost in schwerem Leid. Ich werde Ihre Worte, Herr Oberbürgermeister, dem Wiener Gemeinderate in der heutigen Sitzung zur Kenntnis bringen, und danke dem Berliner Stadtverordneten und Ihnen Herr Ober-Bürgermeister für die Sympathie, die in Ihrer Handlung gelegen ist, wärmstens. Bürgermeister Reumann.“

Egm. Reumann bringt folgendes Telegramm des „Heidelberger Tageblatts“ zur Verlesung: Wir regen die Aufnahme deutscher Wiener Kinder für den Winter in Heidelberg und Süddeutschland an. 150 Heidelberger Familien sind bisher hiezu bereit. Wir bitten freundliche Mitarbeit der Organisation. Unser Vertreter Schafferhofer in Wien wird mit Ihnen Verbindung suchen. Ein Ausschuss ist hier in Bildung. (Bravorufe). Weiters verliest der Bürgermeister aus Bologna: Die hiesige Gemeindeverwaltung wünscht in geeigneten Orten bei anständigen Familien der hiesigen und anderer Gemeinden der Provinz eine gewisse Anzahl von Kindern dortiger Stadt aufzunehmen, um sie von den elenden Lebensbedingungen zu befreien, in denen sie sich befinden. Ich bitte Sie mir bekanntzugeben, an welches Amt oder welche Organisation ich mich wenden soll, um Vereinbarungen zur bestmöglichen Durchführung dieses Planes zu treffen. Brief folgt. Hochachtungsvoll: Bürgermeister (Bravorufe) Schriftführerin GR. Bock verliest den Einlauf.

GR. Untermüller (chr.-soc.) fragt, warum aus Anlass der dieswöchentlichen Brot- und Mehlkürzung kein Brot-Zubussen aus den Vorräten der Gemeinde abgegeben wurden und was der Bürgermeister zu tun gedenke, damit im Hinblick bei etwa notwendig werdenden Kürzungen von Mehl und Brot die Kürzung nicht in ihrer vollen Schärfe fühlbar wird.

Egm. Reumann: Die Abgabe der Zubussen müsste entfallen, weil bekanntlich, die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Vorräte lediglich zur Deckung des Bedarfes der eigenen Anstalten ausreichen und neue Ankäufe wegen allgemeiner Warenknappheit, aus valutatorischen Gründen und wegen der Unmöglichkeit des Bezuges von Lebensmitteln aus dem Auslande nicht bewerkstelligt werden konnten.

GR. Marie Wielsch (chr.-soc.) interpelliert wegen Verlegung der amerikanischen Ausweisestelle für die Frauenauer Kinder in die Schule Aspern-allee 5.

Egm. Reumann: Ich werde sowohl der amerikanischen Kinderhilfsaktion als auch der Vienna public feeding (Wiener öffentliche Ausspeisung) von den Ausführungen der Anfrage Mitteilung machen.

GR. Marie Wielsch (chr.-soc.) stellt die Anfrage ob der Bürgermeister geneigt ist, an Stelle der seit ungefähr 4 Wochen aufgelösten „Frauenhilfsaktion im Kriege“ ehebaldigst die neuen Frauenhilfsaktionen in den einzelnen Bezirken auf Grundlage des Proporzses zusammenzustellen und einzuberufen, damit die notleidende Bevölkerung Rat und Hilfe finden kann.

Egm. Reumann: Ich habe am 17. Oktober l.J. an sämtliche Bezirksvorsteher folgendes Schreiben gerichtet: Es ist mir bekannt, dass die Frauenarbeitskomitees, denen während des Krieges einige wichtige Fürworgezweige übertragen waren, in einzelnen Bezirken nurmehr unvollständig zusammengesetzt sind, in welchen ihre Tätigkeit schon ganz eingestellt haben. Ich richte daher an Sie Herr Vorsteher, das Ersuchen, unverweilt die Neubildung des Frauenarbeitskomitees in Ihrem Bezirke in der Weise durchzuführen, dass hierbei auch das Partei-Verhältnis in Ihrem Bezirke angemessene Rücksicht genommen wird. Die Durchführung der Neubildung wolle der Fürsorgezentrale, i., Neues Rathaus, mitgeteilt werden.“ Die bezüglichen Mitteilungen sind bis nun erst von wenigen Bezirken eingelangt. Für die neuerrichtenden Frauenarbeitskomitees ist eine neue den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angepasste Dienstinstruktion auszuarbeiten und werde ich die Fürsorgezentrale im gegebenen Zeitpunkte beauftragen hierüber zu berichten.

GR. Kunschak (chr.-soc.) weist darauf hin, dass der Erlass der Landesregierung betreffend die Ausweisung der in Wien befindlichen Flüchtlinge aus dem Oststaaten noch immer nur zum allergeringsten Teil durchgeführt ist und fragt ob der Bürgermeister von der Landesregierung die unbefristete endliche Ausweisung der fremden Schädlinge fordern wolle.

Egm. Reumann: GR. Kunschak hat eine gleiche Anfrage bereits in der Sitzung vom 26. September gestellt, die ich dem Landeshauptmann mitgeteilt habe. Dieser antwortete, dass gegen die zurückgebliebenen in aller Strenge vorgegangen und deren Entfernung in Umanwege betrieben werde. Allerdings stellen sich den Massnahmen grosse Schwierigkeiten in den Weg. Ein ansehnlicher Teil der Fremden habe aber Wien schon verlassen und es sei darauf zurechnen, dass auch weiterhin die Aktion befriedigend fortschreiten werde. Ich bin bereit auch die heutige Anfrage der Landesregierung vorzulegen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt, ob der Bürgermeister über den Empfang des holländischen Liebesgabenzuges in Wien eine offizielle Darstellung geben wolle.

Egm. Reumann: Eine offizielle Darstellung des wahren Sachverhaltes hat die Rathauskorrespondenz bereits am 25. ds. gebracht. Diese Darstellung wurde auch von den Wiener Tagesblättern veröffentlicht. Wie aus derselben hervorgeht, war der Zeitpunkt der Ankunft des holländischen Hilfszuges weder dem Präsidium des Gemeinderates noch sonst einer Stelle der Stadtverwaltung bekannt gewesen. Das Jugendamt erhielt erst am Tage nach der Ankunft von dieser Nachricht, worauf sich ungesäumt ein Vertreter desselben zur Begrüssung auf dem Bahnhof begab. Dem Präsidium des Gemeinderates selbst wurde vom Jugendamte über die Ankunft des Hilfszuges erst zu einem Zeitpunkt Mitteilung gemacht, als der Leiter des Zuges mit seiner Begleitung bereits nach Budapest, für das der Zug ebenfalls Lebensmittel führte, abgerüstet war. Dass unter diesen Umständen keinem Mitgliede des Gemeinderatspräsidiums ein Verschulden daran beigemessen werden kann, dass eine Begrüssung der Herren aus Holland durch das Präsidium vor ihrer Weiterfahrt nach Budapest nicht stattfand, ist wohl klar. Uns bedauerlicher sind die Ausfälle und Angriffe, die auf diesem Anlasse seitens einzelner Tagesblätter gegen das Präsidium des Gemeinderates und aus Gründen, die zu Tadellegen und mit der Sache selbst nichts zu

... tun haben, unerschöpflich ...
... fällen die Sache ungenügend ...
... der Stadt und ihrer Bewohner ...
... für alle emp-
... zeh. Wir hätten aber erwartet, dass er nicht gegen die Interessen der Stadt
... und ihrer Einwohner in gehäufiger Weise ausgebeutet werde.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, mit größt möglicher Beschleunigung eine Untersuchung der Lage der Wiener Künstlerschaft und die Beratung und Beschlussfassung über eine Hilfsleistungsaktion in Einvernehmen mit Vertretern der Künstlerschaft in die Wege zu leiten.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde Wien hat der durch den Krieg verursachten Notlage der Wiener Künstlerschaft ihr besonderes Augenmerk zugewendet und hat durch Notstandsaufträge an Bildhauer und Maler, durch Ankäufe in Kunstausstellungen und die Widmung von Ehrenpreisen an Künstlervereinigungen zur Linderung der Not beizutragen sich bemüht. Die Einleitung einer Hilfsaktion für Künstler wäre wohl zunächst Sache des Staates. Die Gemeinde Wien verschliesst sich aber nicht den Ernst der wirtschaftlichen Lage, in der sich die Künstlerschaft befindet, und ist bereit auch künftighin alles in Interesse derselben zu unternehmen, was in Bereiche der Möglichkeit gelegen ist. Ich werde Strigens die städtischen Sammlungen beauftragen, zur Anregung des Interpellanten Stellung zu nehmen.

GR. Rudolfine Fleischner (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass sich die Gold- und Silberbestellen täglich vermehren. Sie zahlen laut Ankündigung für 1 Gramm Gold 26 bis 32 Kronen je nach Feingehalt. Wenn man vollhaltiges Gold mit 40 Kronen rechnet, so würde sich 1 kg Gold auf 40.000 Kronen stellen. Vor dem Kriege prägte man aus 1 kg Gold 3200 Goldkronen, entweder 320 Zehnkronenstücke oder 160 Zwanzigkronenstücke. Diese 3200 Kronen hatten den Wert von rund 3300 Schweizer Franc. Wenn nun der Besitzer der Einlösestelle 1 kg Gold, das ihn 40.000 Kronen kostet, in die Schweiz verkauft, so bekommt er 3300 Franc, das sind rund 80.000 Kronen. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, bedeutet die Tätigkeit der Goldeinlösestellen eine schwere Schädigung des Volkvermögens und es wird gefragt, ob der Bürgermeister diese Tatsachen der Regierung zur Kenntnis bringen wolle.

Bgm. Reumann: Ich halte die Ausführungen für sehr zutreffend. Es ist Tatsache, dass sich die Stellen, die den Ankauf von Goldwaren als speziellen Geschäftszweig betreiben, von Tag zu Tag vermehren. Auch ich erblicke hierin eine bedenkliche Erscheinung, die das Interesse des Staates schwer zu schädigen geeignet ist. Ich bin daher gerne bereit die Anfrage der Regierung zur Kenntnis zu bringen.

GR. Gabriele Wälter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass die von den Schülerinnen der Volks- und Bürgerschulen angefertigte und beim niederösterreichischen Landesschulrate lagernde Militärwäsche an Bedürftige zur Verteilung gelangt.

Bgm. Reumann: Die von der ehemaligen Heeresverwaltung herrührenden Materialien und die daraus angefertigten Bekleidungsstücke gelangen laut Zusage der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung vom März ausschliesslich von dieser Anstalt zur Auflösung und es sind daher alle betreffenden Materialien zur Verfügung dieser Anstalt zu halten. Die Bemerkung, dass eine grosse Menge Militärwäsche in Landesschulrate angesammelt liege, trifft nicht zu, da seit Beginn der Aktion ein regelmässiger ununterbrochener Abtransport der fertiggestellten Wäschestücke an die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung stattfindet. In Landesschulrate lagert keine Militärwäsche mehr. Aus diesen Darlegungen geht hervor, dass die in der Interpellation gegebene Anregung keine Stellungnahme möglich macht.

GR. Reumann (Soz. Dem.) stellt folgende Anfrage: In der Friedrichstrasse 6 besitzt der Kafetier Benedikt Kosian eine Wohnung, in welcher er bis zu dem Tage der Wohnungsaufnahme 10 Personen gemeldet hatte. Die Kommission hat hiebei feststellen können, dass von diesen 10 noch immer bei Kosian als wohnhaft von ihm gemeldeten Personen drei seit April d. J. bereits ausgezogen und eine vierte Person seit 1917 bereits gestorben ist. Nur alle diese vier Personen besass dieser Mann noch die Einkaufscheine

und bezog auch auf Grund des Besitzes dieser Einkaufscheine die diesen vier Personen zugewiesenen Lebensmittel. Wenngleich dieser Krasse Fall widerrechtlichen Lebensmittelbezuges der Behörde zur Anzeige gebracht wurde, stellt der Interpellant doch an den Bürgermeister die Anfrage, was er zu tun gedenkt um derartige Bevorteilung auf Kosten der Gesamtbevölkerung hintanzuhalten und ob er nicht geneigt ist, Veranlassung zu treffen zu einer Überprüfung des Besitzberechtigten von für die Lebensmittelbeschaffung vorgesehenen Dokumenten.

Bgm. Reumann: Die Überprüfung der Dokumente, die zum Bezuge der Lebensmittelkarten berechtigen, ist durchaus nicht einfach. Ich werde aber den Versuch machen, der Anregung Folge zu leisten. Was den angeführten Fall betrifft, so wird die Untersuchung ergeben, wie dieser Schwindel zu ahnden ist. Es wird an der notwendigen Strenge nicht mangeln.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) beantragt die Umwandlung der vierklassigen Volksschule in der Aspernallee in eine fünfklassige Schule, da sowohl Räume als auch Lehrkräfte vorhanden sind.

GR. Jenschik (Soz. Dem.) beantragt, der Bürgermeister wolle bei den zuständigen Behörden Einfluss nehmen, dass die gegenwärtige 8 Uhr Sperre der Haustore auf 9 Uhr verlegt wird.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Engerling berichtet über die Anschaffung von 50 Grubenhunden und 100 Radsätzen für den Neufelder Parkbau. Über seinen Antrag wird die Anschaffung und der hierfür erforderliche Kredit von 101.000 K ohne Debatte angenommen.

Nach einem Antrage des gleichen Berichterstatters wird für die Angestellten der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien eine einmalige Notstandsausschilfe bewilligt und die daraus sich ergebende einmalige, nicht präliminierte Ausgabe, die ihre Bedeckung im Ertragnis der Anstalt findet, in der Höhe von 370.025 K genehmigt.

Vize-Bürgermeister Winter berichtet über den Antrag des Stadtrates dem Rudolfinerhaus in 19. Bezirk, das in Not geraten ist, einen ausserordentlichen Stadtbeitrag in der Höhe von 30.000 K zu gewähren. Der Referent sprach dabei den Wunsch aus, dass der Gemeinde Wien in dem Kuratorium der entsprechende Einfluss eingeräumt werde.

Der Antrag wurde sodann ohne Debatte angenommen.

Nach einem Berichte des GR. Iner (Soz. Dem.) wird der Dampfkessel-Untersuchungs-Versicherungs-Gesellschaft A. G. zur Erprobung häufiger Feuerstellen in einer zu errichtenden Holztechnischen Versuchsanstalt ein Gründungsbeitrag von 5000 K gewährt.

GR. Kokrda (Soz. Dem.) berichtet über die Tarifierhöhung für die Lazerhäuser der Stadt Wien. Der Referent weist darauf hin, dass der Tarif der Lazerhäuser im Juni angeändert worden sei, dass aber die Verhältnisse dazu gezwungen haben, neuerlich an eine Erhöhung der Gebühren zu schreiten. Die Spesen des Betriebes seien stark gestiegen, und um ihn nicht in Verlust zu bringen, erscheinen die Erhöhung des Tarifes notwendig. Die Erhöhung, erklärt der Berichterstatter, betrifft hauptsächlich den Lazerzins, die Arbeitsverrichtungen und auch einzelne Versicherungsätze. Die Erhöhung des Lagerzinses beträgt 100 %, die der Arbeitsgebühren schwankt zwischen 50,75 und 100 % und die Versicherungsprämie, insbesondere jene für Wasserschäden werden rund um 50% erhöht. Den auf diesen Erhöhungen sich ergebenden Mehrertrag 3.794.034 K stehen mehr zu erwartende Auslagen von 2.210.400 K gegenüber.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) bemängelt, dass diese Vorlage wie so viele, erst wieder gerade vor der Gemeinderatssitzung aufgelegt worden ist, so dass der einzelne Gemeinderat nicht überprüfen kann, ob die Erhöhung der einen oder anderen von den über 50 Kosten begründet ist. Man kann aus dem

Antrag auch nicht entnehmen, in welchem Umfange die Erhöhung bei den einzelnen Posten stattfindet. Wir protestieren gegen diese Art Geschäftsgebarung und verlangen, dass in Zukunft diese Anträge rechtzeitig den einzelnen Gemeinderäten zugestellt werden, damit man Gelegenheit hat, das zu überprüfen. (Zustimmung rechts). In sachlicher Beziehung müsse Redner betonen, dass von der Mehrheit fortwährend die Tarife aller Art um 100 bis 300 Prozent erhöht werden. Er erinnere daran, welcher Lärm durch die Strassen Wiens und die Blätter ging, wenn früher irgendwo um einen Heller mehr verlangt wurde. Hier gilt das Sprichwort: Wenn zwei das Gleiche tun, ist es lange nicht dasselbe. Sie belasten die Bevölkerung in jeder Sitzung und geben uns nicht einmal Gelegenheit das zu überprüfen.

GR. Rotter (chr. soz.) spricht sich ebenfalls dagegen aus, dass die Vorlagen im letzten Augenblicke den Gemeinderäten zugehen und beantragt die Rückverweisung und neuerliche Vorlage bei der nächsten Sitzung.

Bei der Abstimmung über den Rückverweisungsantrag stimmen einzelne Sozialdemokraten dafür. Die Christlichsozialen fangen laut zu lachen an.

Bgm. Reumann: Der Antrag ist in der Minorität geblieben und daher abgelehnt.

Hierauf erhebt sich bei der Minorität heftiger Widerspruch und Zwischenrufe werden laut: „Das ist nicht richtig! Das ist Vergewaltigung! Es war eine grosse Majorität, sogar der Klubobmann Skaret hat dafür gestimmt. Pensionieren den Bürgermeister! Auf dem Dache sitzt ein Greis....!“

Bgm. Reumann: Der Antrag blieb in der Minorität, Herr Referent zum Schlussworte.

GR. Rotter (chr. soz.): Das ist eine Vergewaltigung! Ihr seid die grössten Preistreiber!

GR. Kunschak (chr. soz.): Das ist eine Fälschung! Ein Bürgermeister der die Abstimmung fälscht!

Referent Kokrda hält sein Schlusswort, das aber in dem von der Minorität hervorgerufenen andauernden Lärm im Saale unverständlich bleibt. Die Sozialdemokraten haben sich um den Referententisch gestellt. Der Bürgermeister gibt wiederholt das Glockenzeichen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen. Hierauf erhebt sich wieder Gelächter bei der Minorität. Pfuirufe werden laut.

GR. Schleifer (Soz. Dem.): Diesen Ton werden wir Euch schon abgewöhnen!

GR. Komorowsky (chr. soz.): Das ist eine Gemeinheit!

GR. Müller Rudolf (Soz. Dem.) referiert über die Erhöhung der Benützungsgebühren der öffentlichen Benützungsanstalten der Firma Wilhelm Beetz. Vom 1. Dezember an wird die Gebühr für die Benützung der 1. Klasse mit Waschtisch auf 24 h und für die 2. Klasse ohne Waschtisch auf 12 h erhöht. Die Nachtgebühren auf Marktplätzen in der Höhe von 4 Hellern bleiben unberührt.

Die Anträge werden angenommen.

Derselbe Gemeinderat referiert über die Krediterhöhung für die Regulierung beim chemischen Institut IX., Boltzmannstrasse - Währingerstrasse auf 350.000 K (Angenommen).

GR. Schorch (Soz. Dem.) berichtet über die Erwerbung von Elektromotoren, Metallfadengühlampen, Werkzeugmaschinen, etc. aus der Sachdemobilisierung, im ungefähren Betrage von zusammen rund 230.000 K.

Rufe bei den Christlichsozialen: Herr Referent etwas lauter!

Die Sozialdemokraten rufen: Sind Sie ruhig, dann werden Sie auch etwas hören!

Bgm. Reumann: Aber man kennt ja die Absichten der Herren!

Gelächter bei der Minorität.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

Derselbe Gemeinderat berichtet über die Umlegung des Hochquellenwasserleitungsrohrstranges im Artilleriearsenal. (Angenommen).

Ueber Antrag des GR. Breitner (Soz. Dem.) den Zuschusskredite für Gar-

Feuerfördernisse, Fahrwerkskosten, Werkzeuge und Geräte, Drucksachen, Buch- und Arbeitsarbeiten, Arzneien, Bandagisten- und Optikerarbeiten und Bekleidungsarbeiten für den Kraftwagenbetrieb der städtischen Feuerwehr bewilligt.

Bei der Abstimmungsvorname durch den Bürgermeister rufen die Christlich-Sozialen, jetzt funktionierend! Aber man hört den Referenten nicht! GR. Breitner (Soz. Dem.): Es werden in den letzten sieben Wochen so wichtige Sachen referiert, die Sie nicht gehört haben. Diese Sachen sind wohl nicht so wichtig, dass man sich anstrengen muss.

...berichtet die Breitner (Soz.-Dem.) über die Bewilligung eines Zuschusses anlässlich der Übernahme des Gabaunungsabganges der ... durch die Gemeinde. Der Zuschusskredit wird in der Höhe von 34.763,70 K genehmigt.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) beantragt für Straßenbespreitung und Fäkalabfuhr einen Zuschusskredit von 368.700 K. zum Vorschlag 1919/20 zu bewilligen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Ja, die Strassenreinigung ist ja so grossartig! Heiterkeit bei der Opposition. GR. Skaret (Soz.-Dem.) Ja, sie war immer sehr grossartig. Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf angenommen.

Nach einem Antrage des GR. Breitner (Soz.-Dem.) wird zur Haltung der Aqueducte des Rohrnetzes und der Daulichkeiten der Hochquellenleitung ein 3. Zuschusskredit von 40.000 K bewilligt.

Nach einem Antrage des gleichen Berichterstatters werden zu den Posten "Geldausgaben und Bekleidungsbeiträge", "Verköstigung", "Verschiedene sonstige Ausgaben" Zuschusskredite in der Höhe von 373.100, 578.000 bzw. 49.200 K bewilligt.

Zur Anschaffung von Vollgummireifen für die städtische Penalarwehr werden die aufgelaufenen Kosten von 204.957,80 K genehmigt.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) legt den Gesetzentwurf betreffend die Fortsetzung der Gemeindeaufgabe auf den Verbrauch von Bier in den ausserhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegenen Gemeindegebiete teiles der Stadt Wien vor.

GR. Kunzeck (Christl.-Soz.) Es soll ein Gesetz beschlossen werden, nach welchem die Gemeinde Wien ermächtigt wird, wie bisher die Gemeindeaufgabe auf Bier in den Gebieten ausserhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes einzuziehen. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden. Es soll aber gleichzeitig ein Gesetz beschlossen werden über die Erhebung einer Biersteuer, die noch gar nicht Gesetzeskraft erlangt hat. Ich glaube, dass es ist denn doch etwas zu stark. Der Gemeinderat wird sich schon beschleiden müssen, abzuwarten, ob der n.ö. Landtag die Erhöhung der Biersteuer auch wirklich genehmigt (GR. Schütz - Christl.-Soz.: Weg mit dem Indes und Steuern!) Erst wenn der Landtag die Erhöhung genehmigt, ist der Augenblick gekommen, in welchem sich der Gemeinderat mit der Gesetzesvorlage beschäftigen kann, die uns hier heute unterbreitet wird. Es ist auch ein Unikum in der Geschichte der parlamentarischen Verhandlung, dass man ein Gesetz beschliesst, in welchem sich 6 Punkte an Stelle eines Textes

befinden und dieses Gesetz mit einer Fussnote versehen, welche darüber Aufklärung gibt, dass diese 6 Punkte sich auf Datum und Zahl eines Gesetzes beziehen, welcher erst beschlossen werden soll. Eine solche Art der Gesetzgebung hat es auf der ganzen Welt noch nicht gegeben. (Zustimmung und Rufe bei den Christl.-Soz.: Es hat aber auch noch nirgends eine solche Verwaltung gegeben!) Über Punkte kann man nach meiner Ansicht nicht abstimmen, sondern nur über einen Text. Ich beantrage daher die getrennte Abstimmung, damit wir in die Lage kommen zu erklären, dass wir für Punkte nicht stimmen können, und damit festgestellt wird, dass hier im Gemeinderate Gesetze beschlossen werden, an denen an Stelle eines Textes sich nur Punkte befinden. (Lebhafter Beifall rechts).

GR. Breitner (Soz.-Dem.) erklärt in seinen Schlussworte, dass die Gemeinderatsmehrheit mit einer Majorität von mehr als 2 Drittel seiner Vertreter eine Erhöhung der Bieraufgabe beschlossen hat und von der Voraussetzung ausgeht, dass der Landtag die Autonomie der Gemeinde wahren wird. Wir glauben nicht, dass sich Wiener Vertreter finden werden, die gegen diese Steuer stimmen werden. (Zwischenrufe). Ich bitte den

Antrag von der Gegenseite abzulehnen, und den vorgeschlagenen Gesetzentwurf anzunehmen.

GR. Biber (Christl.-Soz.) Das ist eine Schlaraffenland, die noch nicht da war.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) Sehen Sie, das ist gar keine Schlaraffenland, sondern wohl überlegt und ich bitte um die Zustimmung zu dem vorliegenden Antrage.

GR. Rottner (Christl.-Soz.) Ihr sehet Euch zu kein Gesetz! Die Arbeiterräte können machen, was sie wollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig abgelehnt und der Stadtratsantrag angenommen.

GR. Rottner (Christl.-Soz.) Blamiert Euch nur mit einer solchen Abstimmung.

GR. Grünwald (Soz.-Dem.) Blamiert Ihr Euch nur nicht!

GR. Jorde (Soz.-Dem.) Schönes Theatropiel!

Nach einem Berichte des GR. Hackl (Soz.-Dem.) wird das "Landwirtschaftsamt ermächtigt, 10 Paar Zugochsen um den Betrag von 250.000 K anzuschaffen und die ausmusternden Tiere bestmöglichst zu veräussern. Vice-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorschlag.

GR. Kokran (Soz.-Dem.) beantragt, ein Anbot auf Kauf aller der Sauerkraut-Einsäuerung bereits gebrauchten Stadtfässer um den Preis von 50 K für den Hektoliter und der ungebrauchte Stadt- und Lagerfässer um den

Preis von 70 K für den Hektoliter zu genehmigen.

GR. Dr. Pollak (jüd.-national) beantragt die Rückverweisung an den Stadtrat behufs Überprüfung der Richtigkeit dieser Preise durch Sachleute.

Der Rückverweisungsantrag abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Nach einem Berichte des GR. Kokran (Soz.-Dem.) wird der Abverkauf von 20 Fass Buchweizen-Rohhonig mit einem Bruttogewicht von 5800 K genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Siegel (Soz.-Dem.) wird die Erbauung eines Gärtnerhauses samt Stallgebäude auf der Simmeringer-Halde mit dem Gesamtkostenbetrage von 139.521 K beschlossen.

Nach einem Berichte des gleichen Gemeinderates werden für die Anstandhaltung an städtischen Schulen und Gebäuden Zuschusskredite in der Höhe von 1.910.000 K genehmigt.

Ebenso finden die Anträge des gleichen Berichterstatters betreffend die Genehmigung des Mehrerfordernisses beim Bau des Amtshauses, I., Felderstrasse, in der Höhe von 230.000 K und der Zuschusskredite für Kanalarhaltung und -Reinigung bzw. Bau eines Entlastungskanales im IX. Bezirke in der Höhe von zusammen 3.650.000 K die Zustimmung des Gemeinderates.

Schliesslich berichtet GR. Siegel über die durch den Bau der Kriegswohnhäuser auf der Schmelz notwendig gewordenen Kanalbauten und wird hierfür ein Gesamtkostenbetrag von 82.583 K genehmigt.

Der von Dr. Grün (Soz.-Dem.) beantragten Regelung und Erhöhung des Pflinglingsentlohnungstarifes für das Bürgerversorgungshaus und die auswärtigen Versorgungshäuser wird zugestimmt.

GR. Weigel (Soz.-Dem.) berichtet über die Errichtung einer Werkstättenküche und Lebensmittelverkaufsstelle der Strassenbahner im XIII. Bezirk, Fenzingerstrasse 72, und beantragt, dass hierfür notwendige Gesamtkostenfordernis von 490.000 K zu genehmigen.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) bemerkt hierzu: Das Haus in der Fenzingerstrasse 72 wurde erst vor wenigen Wochen durch die Gemeinde angekauft und zwar um den Betrag von 290.000 K. Wenn man den Hauskaufpreis in der jetzigen Zeit wärelch

mit den Kosten der Adaptierung der Küche, so stehen den 290.000 K, die das ganze Haus gekostet hat, für die Adaptierung dieser Küche 490.000 K gegenüber. Man muss da unbedingt zu der Meinung kommen, dass so etwas ausgeschlossen sein sollte, dass ein ganzes Haus um 200.000 K weniger kostet, als die Küche. Und man muss sich doch fragen, ob bei all dem die nötige sorgfältige Prüfung erfolgt ist. (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

GR. Jung (chr.-soz.): Sie haben es ja zum Hinausschmeissen!

GR. Vaugoin (chr.-soz.): Ich beantrage deshalb, dass dieser Akt an den Stadtrat zurück verwiesen wird, und dass das Stadtbauamt beauftragt wird, die Kosten voranschläge genau zu prüfen. (Andauernde Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und bei der Mehrheit.)

GR. Kunzeck (chr.-soz.): Ja ist denn das Stadtbauamt gar nicht gefragt worden?

GR. Jung (chr.-soz.): Eine schöne Wirtschaft das! (Lärm).

Der Berichterstatter GR. Weigel (Soz.-Dem.) erklärt in seinem Schlussworte: Ich kann mich für den Rückverweisungsantrag nicht aussprechen, weil alle mögliche Vorsicht angewendet worden ist. (Stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: Oh!) Und weil auch das Stadtbauamt bei der ganzen Sache mitgewirkt hat. (Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen)

GR. Preyer (chr.-soz.): Das ist eine Begründung! (Andauernder Lärm).

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt, und die Anträge des Berichterstatters werden sodann genehmigt. (Lebhaftes Rufe bei den Christlichsozialen Das ist unerhört!)

GR. Preyer (chr.-soz.): Und da ischen die Herren noch so!

Nach einem Berichte des GR. Speiser (Soz.-Dem.) wird die Anzahl der systemisierten Kabelmeisterstellen im Stände der Betriebsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke auf 10 erhöht.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) beantragt eine Erhöhung der Ueberstundenvergütung der Angestellten der städtischen Leichenbestattung.

GR. Wawerka (chr.-soz.): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um darauf aufmerksam zu machen auf die Praxis, die heute bei der Gemeinde eingeführt ist und die geradezu als ein öffentlicher Skandal bezeichnet werden muss. (Unruhe).

GR. Preyer (chr.-soz.) (zu den Sozialdemokraten gewendet): Setzt Euch nieder! (Lärm)

GR. Wawerka (chr.-soz.): Ich meine die Praxis, die man heute den Angestellten gegenüber übt, indem man ihnen Ueberstundenvergütungen bewilligt, und diese dann ein halbes Jahr lang schuldig bleibt. (Lebhaftes Zwischenrufe bei der Opposition und bei der Mehrheit)

GR. Hedorfer (Soz.-Dem.): Ihr seid es, 22 Jahre schuldig geblieben!

GR. Marie Wielach (chr.-soz.): Genugert haben die Leute nicht! (Verschiedene Zwischenrufe der Christlichsozialen Gemeinderätinnen. Rufe bei den Sozialdemokraten: Wollen Sie ein Theater aus der Gemeinde machen?)

GR. Fleischer (Soz.-Dem.) (Zu den christlichsozialen Gemeinderätinnen) Machen Sie ihr Sauerkraut! (Andauernder Lärm).

GR. Wawerka (chr.-soz.): Es hat soeben ein Herr von der Mehrheit in einem Zwischenruf behauptet es sei jemals vorgekommen, dass die Gemeinde 22 Monate die Entlohnung schuldig geblieben sei. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Jahre hat er gesagt!) Des ist unrichtig! Bisist niemals vorgekommen! (Rufe bei den Sozialdemokraten: Hungern habt Ihr die Angestellten lassen!)

GR. Zimmerl (chr.-soz.): Solche Tafeln, wie heute haben sie nicht getrauen! (Andauernder Lärm)

Vb. Emmerling: (Zum Redner): Sind Sie fertig Herr Gemeinderat?

GR. Wawerka (chr.-soz.): Ich werde der Aufforderung des Vorsitzenden Folge leisten und weiter sprechen, aber ich bitte mir auch Ruhe zu verschaffen

...wird mit ...
...steht davon ist die städtische ...
...einem Angestellten 60 K schuldig war und er bekommt jetzt diese 60 K so ist ...
...das nicht ...
...man ...
...besteht ...
...Der Antrag ...

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die den Angestellten und Pensionisten der Gemeinde zu gewählenden Vorschüsse auf den Additionalzuschlag. Er weist auf die Verhandlungen, die in der zwischenamtlichen Stelle in Beisein der Angestellten gemeinsam von Staat, Land und Gemeinde geführt wurden. Es sei selbstverständlich, dass in einer Zeit, in der die Teuerung fortwährend steigt, die Gehälter nicht mehr ausreichen.

GR. Ernstner (Deutschnational) Auch bei den Pensionisten.

Rufe bei den Christl.-Sozialen: Ihr habt gesagt, Ihr werdet alles billiger machen!

GR. Speiser (Soz.-Dem.) Es ist daher begreiflich, dass sie in einer Gehaltsbewegung stehen und haben jetzt die Möglichkeit in der Personalkommission ihre Wünsche anzubringen. Die Verhandlungen, die geführt wurden und bei denen auch das Einverständnis mit dem Staatskanzler gepflogen wurde, stehen im engsten Zusammenhange mit den Beratungen in der Industriekommission. Niemand, der die Dinge ernst auffasst, könne denjenigen die in den heutigen Verhältnissen zu leiden haben, einen Vorwurf machen. Es müsse auch gesagt werden, dass der Vorschuss nicht allzu hoch ausgefallen ist.

GR. Angeli (Christl.-Soz.): Versieht, aber grosszügig!

GR. Speiser: Der Staatssekretär der Finanzen hat sich bereit erklärt, der Gemeinde Wien am 1. Dezember d.J. 10 Millionen Kronen für diese Zwecke vorzustrecken. Die Kassen der Gemeinde sind eben leer, aber ich bin kein Mensch, wie sie früher da gestanden sind, die viel versprochen, aber nichts gehalten haben. (Zustimmung bei den Soz.-Dem.)

Rufe bei den Christlich-Sozialen: Darüber wird die Bevölkerung urteilen!

GR. Speiser: Da das Staatsamt ein höheres Ausmass nicht bewilligt hat, so können die Gemeinde nichts anderes tun, da sie keine Mittel habe, als das, was vorgeschlagen wird, und das soll möglichst rasch geschehen. Man hat auch daran gedacht, den Pensionisten unter die Arme zu greifen.

Rufe bei den Christl.-Sozialen: Kitzeln wollt Ihr sie!

GR. Speiser: Wenn bei einer so ernsten Sache Witze gemacht werden, so kann ich das nur bedauern. Ein Hausherr kann allerdings leicht Witze darüber machen.

Rufe bei den Christl.-Sozialen: Es reicht niemand Witze darüber. Spielt keine solche Komödie!

GR. Bermann (Soz.-Dem.): Die Angestellten leiden Not, und die Herren machen sich hier lustig darüber.

GR. Grün (Soz.-Dem.): Die Hausherrn machen Witze!

GR. Rehant (Christl.-Soz.): Ihr macht traurige Witze mit den Pensionisten!

GR. Eiber (Christl.-Soz.): Spotten und grinsen könnt Ihr!

GR. Speiser (Soz.-Dem.): Wenn heute nicht erfüllt werden kann, was die Angestellten verlangen, so kann immer wieder nur darauf hingewiesen werden, dass die Zustände, die die Gemeinde in die traurige Lage gebracht haben, in der sie sich heute befindet, nur auf jene Vorgänge zurückgeführt werden, durch die auch die Angestellten ein Opfer der Zeit geworden sind, die sie heraufgeschworen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.-Dem.)

GR. Prohaska (Deutschnational) betont, dass ihm die Beträge viel zu gering erscheinen. Besonders den Pensionisten, die nahe dem Verhungern sind, müsse man sich für die seinerzeitigen Dienste erkenntlich zeigen. Dies sei Menschenpflicht. Er bittet die Ruhegenüssebeiträge von 200 auf mindestens 500 K zu erhöhen.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Der Herr Referent hat in seinen Worten in etwas theatralischer Weise den Zuruf gemacht, es mögen hier in einer so ernsten Angelegenheit keine Witze gemacht werden. Wenn man als Referent dort steht und in dieser Zeit 200 K für Familienväter als Aushilfe beantragt,

dann ist das allerdings kein Witz, sondern eine Verhöhnung der städtischen Angestellten. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen und auf der Galerie).

VB. Emmerling gibt lange Zeit das Glockenzeichen und macht die Galerie aufmerksam, dass sie sich in die Verhandlungen einzumischen hat.

GR. Bermann (Soz.-Dem.): Nächstesmal fühlen wir die Galerie, dann werden Sie gross schauen.

GR. Fleischer (Soz.-Dem.): Wir werden Euch schon zeigen, wenn wir unsere Leute hereinschicken; da wird Euch heiss werden!

GR. Haider (chr.-soz.): Bei den nächsten Wahlen wird Euch heiss werden!

GR. Panosch (chr. soz.): Ihr wollt uns drohen? Das ist Volkesstimme!

VB. Emmerling gibt in dem andauernden Lärm wiederholt das Glockenzeichen bittet oftmals um Ruhe und ersucht den Redner fortzufahren.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Die Herren lassen mich ja nicht reden!

VB. Emmerling: Sie haben ja auch provoziert! (Stürmischer Widerspruch bei den Christlichsozialen).

GR. Schmitz (chr. soz.): Oh, ein Vorsitzender, der provoziert!

GR. Panosch (chr. soz.): Das lassen wir uns nicht bieten!

GR. Grünwald (Soz.-Dem.): Die Witze kennen wir schon auf die Galerie eine Menge Leute hinauf schicken!

GR. Nachtnabel (Soz.-Dem.): Das sind Eure ganzen Wähler, die heute auf der Galerie sitzen! (Gelächter und Gegenrufe bei den Christlichsozialen).

GR. Vaugoin (chr. soz.): Der Referent hat ferner gesagt.....

In der Mitte des Saales entsteht neuerliche andauernde Unruhe, in der man Einzelne Rufe vernimmt. Bezirksvorsteher Seleskowsch (Soz.-Dem.) gerät in einen lebhaften Wortwechsel in der Mitte des Saales. Nachhängerer Unterbrechung kann

GR. Vaugoin (chr. soz.) Fortfahren: Der Referent hat gesagt, ich bin kein Mensch, wie sie früher dagestanden sind, die soviel versprochen und nichts

gehalten haben. Es gehört eine merkwürdige Vergesslichkeit dazu, wenn man als Referent sich hier solche Worte zu sprechen erlaubt. Nach einem Berichte der Arbeiterzeitung vom 7. April d.J. hat der Finanzreferent der Gemeinde Wien Herr Str. Breitner allerdings zu einer Zeit, als seine Partei noch in der Majorität war, gesagt: Die Angestellten haben zu fordern und sich um die Bedeckung nicht zu kümmern. Er hat weiter wörtlich gesagt: Wir müssen zu Arbeitsbedingungen kommen, die nicht darin bestehen, dass man heute etwas gibt, und morgen wieder nimmt (Hört, Hört). Wenn man die Gas- und Strassenbahnpreise erhöht, müssen die Angestellten von neuem viel Geld ausgeben und dann ist wieder eine Lohnerhöhung nötig. Es müssen andere Wege beschritten werden und wir Sozialdemokraten können es auch (hört! hört), denn heilig ist uns nicht das Eigentum sondern das Leben und die Gesundheit der arbeitenden Menschen." (Neuerliche lebhaft Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! hört!) Solche Worte sind vom Herrn Finanzreferenten gesprochen worden in einer Versammlung von 20.000 städtischen Angestellten, allerdings vor der Wahl. (Rufe: So ist es!) Vor dem Essen hat man es anders gelesen als nach dem Essen. Jetzt wird den Angestellten gesagt, sie müssen sich auch um die Bedeckung kümmern, und die neuen Wege, die um die Bedeckung beschritten werden, werden uns sorgfältig geheim gehalten, denn die bisherigen Wege sind dieselben, von denen Herr Breitner gesagt hat, man darf nicht mit der einen Hand nehmen, was mit der anderen Hand gegeben hat. Wenn man solche Worte vor wenigen Monaten noch gesprochen hat und jetzt die Gas-, Strassenbahn- und Elektrizitätspreise um das Doppelte, Drei- und Vierfache erhöht, (Rufe bei den Christlichsozialen: Und die Mietzinse!) dann nimmt es mich Wunder, wie der Referent sagen kann, es ist von seiner Partei nie etwas versprochen worden, was nicht gehalten wurde.

Diese Zugewändnisse, wenn man sie so nennen darf, stehen in keinem Zusammenhang. (Neuerliche lebhaft andauernde Unruhe in der Mitte des Saales). Damit werden Sie das nicht von der Bevölkerung geheim halten, wenn Sie noch so laut plauschen. Die Bevölkerung und damit die Beamtenschaft hört das schon. (Beifall auf der Galerie!)

VB. Emmerling (zur Galerie gewendet): Ich mache aufmerksam, dass Sie sich hier nur als Gäste befinden und nicht in die Verhandlungen einzumischen haben.

GR. Vaugoin (chr. soz.) bespricht nun die Forderungen der städtischen Beamten und Angestellten und vergleicht mit den beantragten Zuschüssen die Teuerungszulagen für die im Kollektivvertrag stehenden Bediensteten, welche Zulagen 300 bis 400 K monatlich betragen, und fährt fort: Es ist ihnen von Herzen verdammt, aber warum denn diese Ungerechtigkeit bei den nicht im Kollektivverträge stehenden Angestellten? Etwas deshalb weil sie sich in einer unpolitischen Organisation befinden? Wir haben städtische Angestellte, bei welchen für jeden eine andere Teuerung gilt; der eine hat eine grosse Teuerungszulage, der andere eine kleine. Der eine bekommt 50 K der andere 400 K. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist die Gleichheit!) So weit muss es kommen, wenn auf diese Weise Gehälter reguliert werden. Wenn

früher von einer zwischenamtlichen Kommission zur Regulierung der Besoldungsverhältnisse gesprochen wurde, so schauen Sie, dass Sie früher unter den eigenen Angestellten eine gleiche Basis herstellen. (Beifall rechts). Was soll ein Familienvater mit 200 K anfangen?

Ich muss schon sagen, für eine solche Angestelltenfürsorge habe ich kein Verständnis. Da muss einen auch der Gedanke auftauchen, wenn wir es nicht gewesen wären, die am 24. April die Regulierung vorgenommen haben, könnten die Angestellten heute noch darauf warten. (Beifall bei den Christl.-Soz. und Rufe: Sehr richtig!) Ich sehe mich daher bemüssigt, einen Antrag zu stellen und hoffe, dass der Herr Referent auch diesem Antrage zustimmt. Ich beantrage, dass die Punkte A und B (welche sich auf das Ausmass des Vorschusses beziehen) gestrichen werden und an deren Stelle eine einmalige Notstandsaushilfe von 1000 K gesetzt werde, Rerner, dass der Magistrat beauftragt werde, sofort der Personalkommission, dem Stadt- und Gemeinderate eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Ich beantrage auch, dass die 200 K für die Auszüssen der Angestellten erhöht werden und dass ihnen die gleiche Aushilfe von 1000 K gewährt werde.

Zwischenruf bei den Soz.-Dem.: Die Tenaxgelder!

GR. Vaugoin: Die lassen Sie nur in Ruhe! Da werden Sie noch etwas hören!

Zwischenruf bei den Christl.-Soz.: Schmalzgelder! Kriegswuchere! Mit dem Schmalz habt ihr gute Geschäfte gemacht!

GR. Vaugoin: Wollen Sie die Angestellten nicht zu Bettlern degradieren dann nehmen Sie meine Anträge an (Beifall und Händeklatschen bei der Majorität).

Infolge verschiedener Zwischenrufe von der Galerie richtet Vize-Bürgermeister Emmerling an diese angerichtet die Mahnung, sich nicht in die Verhandlungen einzumischen.

GR. Partik (Christl.-Soz.): Das Letztgenannte war froh, wie die Genossen oben waren!

GR. Wappler (Christl.-Soz.) Die Mehrheit scheint kein Verständnis für die Angestellten zu haben, sonst würden Sie ihnen nicht zumuten, was die Vorlage enthält. Ich habe die Herren von der Mehrheit 20 Jahre ander Arbeit gesehen, wie sie fortwährend mit Forderungen gekommen sind, und wie sie auf der anderen Seite niemals diese Forderungen angeschlagen haben von den leeren Kassen und fortwährend gesagt haben, dass das die Angestellten nichts angeht. Es scheint, dass die Herren vergessen haben, was die 20 Jahre in der Praxis geübt haben. Wenn von Missständen gesprochen wurde, so erkläre ich, dass Missstände nicht vorhanden waren. Fragen Sie die Angestellten, ob Missstände gewesen sind, so wie heute heute haben sie vor dem Rathause Tafeln gesehen: Jakob, Hungerer auch Du? (Rufe bei den Christlich-Sozialen: Sehr gut!) Man ist wirklich unerhört, wenn man auf der einen Seite sagt, wir wollten Witze machen, und auf der anderen Seite wird die Debatte in so unverantwortlicher Weise gestört.

In der Sache selbst möchte ich bemerken, dass das Komitee, welches vom Staatskanzler eingesetzt ist, nicht die Stimmen der Angestellten zum Ausdruck bringt, der Staatsangestellten z.B. nicht, denn dieses Komitee ist einseitig zusammengesetzt und es sind auf der einen Seite wirkliche Parteivertreter darinne, während andere grosse Organisationen vollständig ausgeschlossen wurde. Daher sage ich, diese Vereinbarungen in dem Komitee entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen und darum geht es nicht an, diese Verhandlungen zur Grundlage für die Zuwendungen an die Kommunal-Angestellten zu machen. Die Kommunalangestellten sind mit diesen Abmachungen nicht einverstanden, unso unglaublicher ist es, dass uns eine solche Vorlage präsentiert wird als Ausfluss der Vereinbarungen. Diese Vorlage ist unannehmbar und Sie können den Wünschen nur einigermaßen entgegenkommen, wenn Sie die Anträge des Gemeinderates Vaugoin zum Beschluss erheben. (Lebhafter Beifall bei den Christl.-Soz.)

GR. Schmid Karl (Soz.-Dem.) Ich stelle fest, dass GR. Vaugoin als hervorragendes Mitglied der gemeinderätlichen Personalkommission Gelegenheit gehabt hätte, entsprechend zu den Forderungen der Angestellten Stellung zu nehmen. Das ist aber infolge des Exodus der christlich-sozialen Partei nicht geschehen. Da wir niemand in der Kommission und in dieser Zeit sind die Verhandlungen gepflogen worden. Zu einer Zeit also wo die Herren der Gegenseite nicht dabei waren. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Drückeberger waren!) Ich stelle weiter fest, dass die Angestellten der Gemeinde Wien Forderungen höherer Art gestellt haben, und ich stelle selbst als Staatsangestellter fest, dass diese Forderungen von heute mit Rücksicht auf die Preise an sich berechtigt erscheinen; es handelt sich aber natürlich darum, für die Bedeckung dieser Forderungen vorzusorgen (stürmische Rufe bei den Christl.-Soz.: Ah!) Diese Finanzlage der Gemeinde kennen die Herren der Gegenseite ebenso. Die Gemeinde hat sich deshalb an den Staat gewendet, damit er aus seiner Finanzhoheit etwas an die Gemeinde Wien abtritt, damit diese in die Lage kommen kann, die Forderungen ihrer Angestellten zu erfüllen. Die Gemeinde stellt sich in eine Abhängigkeit von Staate und bei diesem Anlass wurde der Gedanke geboren, dass die Angestellten aller öffentlichen Körperschaften eine Neuregelung und Ausgleichung ihrer Gehalte bekommen mögen. Auf Grund dieser Tatsache haben die Verhandlungen unter Führung des Staatskanzlers begonnen und die Angestelltenvertreter der Vertreter ebenso wie des Landes und des Staates haben stillschweigend diese Annäherung zur Kenntnis genommen, d.h. sie waren einverstanden.

Es muss einmal daran gegangen werden, die ungeheure Energieverschwendung, die darin liegt, dass fast von Monat zu Monat die Angestellten Lohnforderungen erheben, zu beseitigen. Das soll in Form eines Zuschlages geschehen. Die Vorlage bedeutet nur einen Vorschuss auf diesen Zuschlag. Nachdem nun auch die manuelle Arbeiterschaft dieser Form des Zuschlages zuneigt, so bedeutet

das eine Angleichung der Bezüge aller arbeitenden Menschen und würde die Revolution und die Republik nichts anderes zu Tage gefördert hätten, als das eine, dass die Löhne aller arbeitenden Menschen ausgeglichen werden, so braucht uns um Schicksalsrepublik nicht bange zu sein. Wenn GR. Vaugoin 1000 K angesprochen hat, so muss man sich fragen, ob der deutschösterreichische Staat dies bezahlen kann, nachdem kaum die 200 K rechtzeitig flüssig gemacht werden können. Denn es ist doch eine wesentliche Bedingung, dass die Angestellten die 200 K, die sie fordern, auch bekommen. Auch wird es sich zeigen ob sich der seinerzeitige Exodus der Christlichsozialen angesichts der vielen Hundert Familien, die die Vorschüsse bekommen sollen, wird rechtfertigen. Auch der Verband der städtischen Angestellten hat zu der Frage Stellung genommen, ob es inoportun erscheint, wenn Gehaltsforderungen gestellt werden, deren Bedeckung zu verweigern. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) In dem Vorschuss ist nicht eine Besserung der Lebensmöglichkeiten der Angestellten, wohl, aber eine Milderung der ersten Notlage zu erblicken (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

GR. Haider (Christl.-Soz.) weist namens seiner Klubs die Behauptung zurück, dass mittels seiner Partei die Galerie bestellt worden sei. Er glaube vielmehr, dass die Galerie selbst das Bedürfnis hatte, zu sehen, auf welche Art und Weise die sozialdemokratische Partei zur in Behandlung stehenden Vorlage Stellung nehme. Weiters entspreche es nicht den Tatsachen, dass seine Partei, wenn der Exodus nicht erfolgt wäre, zu dieser Vorlage rechtzeitig Stellung zu nehmen, in der Lage gewesen wäre, da die Erfahrung lehre, dass bei jeder Gelegenheit, wo sich die christlich-soziale Partei zur Arbeit bereit erklärt und die notwendigen Besserungsvorschläge gemacht habe, diese immer abgelehnt wurden. Weiters weist Redner den Vorwurf, dass die christlich-soziale Partei an dem jetzigen traurigen Zustand schuld sei, zurück und bemerkt, dass beim Abgange der christlichsozialen Majorität die Kassen der Gemeindevorwaltung mit 80 Millionen Kronen bedeckt gewesen seien. Redner verweist darauf, dass er in der Vorlage ein soziales Moment vermisse. Es wäre notwendig gewesen, die Zulagen nach dem Familienstande zu bemessen. Der Referent könne sich vielleicht diesem Standpunkte unbenommen. In Uebri gen bitte er um Annahme der Anträge des GR. Vaugoin.

GR. Erntner (deutsch-öst.) Wir haben uns nie entgegengestellt, dass die Forderungen der Arbeiter zum Beschluss erhoben werden, aber gleiches Recht für alle. Wenn Sie wollen, dass der Arbeiter nicht hungere, so stellen auch wir die Forderungen, der Angestellte soll nicht hungern. Wenn Sie nur jene, die organisiert und in Kollektivverträgen eingeschlossen sind, berücksichtigen, so neigt das einen einseitigen Parteipolitischen Standpunkt. Der Hunger tut den Organisierten wehe, aber auch den Unorganisierten. Ich bin der Ansicht, dass die Vorschläge mindestens zu verdoppeln sind. Geradezu ein Mohr ist es, dass man die alten Pensionisten mit 200 K einmaliger Auszahlung abspelsen will. Ich beantrage dass die Beträge auf mindestens 500 K erhöht werden oder noch besser, dass die einmalige Zuwendung in eine dauernde für die Zeit der Teuerung umgewandelt werde.

GRin Dr. Leitz (Christl.-Soz.) sagt, wenn der Zweck erreicht werden sollte, dass die Gattin und Kinder der Geschiedenen an den Vernohausse partizipieren, sollte der Anteil direkt an die Kinder bzw. der sie beherrschenden Mutter ausbezahlt werden. Sodann wendet sie sich dagegen, dass alle weiblichen Angestellten mit den ledigen männlichen gleichgestellt werden. Wenns müsse sie sich dagegen aussprechen, dass man für die Altpensionisten keine höhere Zulage gefunden habe, noch einen guten Rat wolle Rednerin dem Gemeinderatsmajorität geben, wenn diese keine, es sei unmöglich, den Additionalzuschlag mit Rücksicht auf den Kasstand höher zu stellen, so empfehle sie in Zukunft nicht mehr Gelder zu verschleudern, sondern endlich Gerechtigkeit zu üben.

Auf einen Antrag des GR. Schorach wird Schluss der Debatte angenommen und über Antrag des GR. Isner (Soz.-Dem.) die Wahl von Generalrädnern vor-

Herr GR. Kunzebach (Christl.-Soz.) Generalredner werden.

Es wurde hier angeführt, dass der Austritt aus dem Gemeinderate schuld daran war, dass heute keine bessere Vorlage auf dem Tische des Hauses gelegt wurde. Ich muss sagen, Sie spotten Ihrer selbst und wissen nicht wie. Als wir aus dem Gemeinderate ausgezogen sind, haben wir zu hören bekommen, dass es die Bevölkerung so gar nicht empfindet, dass wir weggegangen sind sondern, dass sich die Geschäfte im Stadtrate so glatt und rasch erledigen, dass die Bevölkerung sehr raschen Wunsch äussern wird, dass wir bald ganz draussen bleiben und heute erfahren wir, dass, wenn wir ein paar Tage nicht da sind, Sie keine geschickte Vorlage mehr zusammen bringen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) Ich glaube derartig zusammengestellt sollte sich eine Majorität von einem ihrer Redner nicht lassen. Ich hat eine Ausrede, dass die Vorlage besser ausgefallen wäre, wenn wir im Gemeinderate geblieben wären und wenn die Mehrheit wirklich unseren Rat so hoch einschätzt, dann ist ja noch nicht zu spät, denn es sind ja eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt. Wenn die Mehrheit noch besserungsfähig ist, dann wird auch die Vorlage verbessert werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Nicht mit Unrecht wurde auf die schwierige Finanzlage der Gemeinde Wien hingewiesen und ich bin der Letzte, der der Gemeinde einen Vorwurf machen würde, wenn sie sich von der Rücksicht auf diese Finanzlage leiten liesse. Aber die Gemeindefinanzen müssen bei jeder Entscheidung des Gemeinderates in Berücksichtigung gezogen werden und nicht nur dann, wenn es gilt nicht alle, sondern nur eine bestimmte Kategorie von Angestellter Gemeinde Wien zu behandeln. Sie treiben eine Lohnpolitik, wenn man sie so nennen soll, denn es nichts vom Grundsätzen und System zu finden, die man nicht verstehen kann. Sie haben zwei Kategorien von Bediensteten geschaffen, die so-genannten Kollektivverträger und die eigentlichen Gemeindeangestellten, die Parias der Gemeinde. Gegenüber den Kollektivverträgen haben sie ein ziemlich soziales Verständnis und ein weites Herz an den Tag gelegt, ich danke ihnen für dieses Entgegenkommen, aber was man verlangen muss, das ist Konsequenz. Sie haben beim städtischen Elektrizitätswerk Wochenlöhne von 800 K, bei Professionisten, und bei Hilfsarbeitern von 600 K und schauen Sie mit einer Objektivität im Rathause herab, bei wievielen Angestellten Sie nur annähernd solche Bezüge finden, und dann werden Sie doch nicht zu dem Schluss kommen und sagen, Herr Präsident Sie habe erklärt, ein Dreher sei halt mehr als ein geistiger Arbeiter. Ein Hilfsarbeiter ist doch sicherlich nicht mehr - ich will nicht sagen weniger-wie einer der Tausenden städtischen Angestellten, die im Rathause oder in den übrigen Ämtern ihre Arbeit verrichten, ihn gleichgestellt ist doch zumindestens jede Abwaschfrau, jede Fensterputzerin. Die Angestellten verlangen von ihnen nur eine konsequente Haltung und dass Sie ihnen das geben, was Sie den Hilfsarbeitern unter Androhung des Streiks bereitwillig gegeben haben. Damit begeben sie sich ja auf Ihren Standpunkt der Gleichheit. Die Teuerung ist für den Menschen im Rathause dieselbe, wie für den Menschen im Simmering beim Gaswerk und dieses harte Gesetz der Teuerung können Sie doch nicht ausser Acht lassen. Im vorliegenden Falle ist nicht einmal der Hinweis auf die Finanzen berechtigt, denn sie haben den Bediensteten, die unter Kollektivverträgen stehen, Teuerungszulagen bewilligt, obwohl die ganzen Unternehmungen schwer im Defizit sind. Der Staat gibt Ihnen ja 10 Millionen Kronen für die Aktion zu Gunsten der Beamten und diese 10 Millionen Kronen werden meiner Ansicht nach nicht einmal aufgezehrt werden durch das, was Sie hier beantragen, so dass Sie eigentlich für die städtische Angestelltenschaft gar nicht aus den Kassen gehen. Es wurde hier davon gesprochen, dass wir die schlechte Finanzlage hinterlassen hätten, es wurde an Sauerkraut und Tenax u.s.w. erinnert. Nehmen Sie zur Kenntnis, wir scheuen nicht die Feststellung über Sauerkraut und Tenax wir wünschen nicht, dass Sie die Sache unterdrücken, sondern wir wünschen, dass Sie restlos ehrliche Ziffern in dieser Angelegenheit herausgeben, wogegen wir uns verwehren, das ist, dass Teilergebnisse vor Abschluss der gen-

zen Hinweisung veröffentlicht werden und dass man uns nicht Gerechtigkeit, uns zur Verteidigung zu setzen auf Grund einer klar formulierten Anfrage und nicht auf Grund von Rufen, zum Teile heute schon wiederlegten Anzeigen (heftige Zustimmung bei den Christlichsozialen).

Ich möchte Ihnen einen Vorschlag zur Güte machen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Danke schön!) Das habe ich erwartet. Es ist mit Ihren Stimmen ein Fond von 10 Millionen Kronen zur Verbilligung der Lebensmittel angelegt worden und dieser Fond ist Zweckbermögen der städtischen Beamtenschaft geworden. Und nun die Sache mit dem Schmalz. Das Schmalz steht mit K 10.-- im Buche und mit K 22.-- wurde es an die Bediensteten abgegeb. (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! Hört!) Von den Bediensteten wurden 22 K eingehoben und von dem 10 Millionenfond wurden 20 Kronen in Abrechnung gebracht. (Rufe bei den Christl.-Soz.: Pfui! Kriegswucherer!) Dieser Fond ist Eigentum der Bediensteten und die Bediensteten mussten mit 22 K das Kilogramm Schmalz bezahlen. Regen Sie auch Bericht über das Sauerkraut vor und ich glaube der erste Bericht wird sehr weit von der Wahrheit daneben gehen. (StR Breitner: Ihr Stadtrat Müller hat ihn unterschrieben) Heute wurde ein Referat über den Sackeverkauf von der Tagesordnung abgesetzt. Eine grosse Anzahl von diesen Säcken sind schon verkauft. (Rufe bei den Christl.-Sozialen: Hört! Skandal!) Zu solchen Manövern geben wir uns nicht her. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wir auch nicht, Das haben Sie gut arrangiert! Was machen Sie da für eine Vorstellung!) Ja, wir sind eingeladen zu einer Vorstellung, wo uns Hampelmänner in Freiheit gressiert, vorgeführt werden.

Vize-Bürgermeister Emmerling: Ich weise diesen Ausdruck zurück.

GR. Biber (christl.-soz.) Aber Recht hat er doch!

GR. Kunschak: Auch ich unterschreibe, was der Vize-Bgm. Emmerling, ~~xxxx~~ gesagt hat, dass sich die Galerie nicht in Verhandlungen einzumischen hat. Aber die Beweggründe der Galerie mache ich mir meine eigenen Gedanken und es wäre gut, wenn das auch Sie tun würden.

Wenn von den Steuern gesprochen wird, zu denen wir die Bedeckung verweigern, wie Sie sagen, so muss man sich auch fragen, welchen Wert die Steuern haben. Wir haben nicht gegen Steuererhöhungen überhaupt Stellung genommen. Man muss sich aber auch fragen, ob das angestrebte Ziel zu erreichen ist, und ob nicht ein guter Zweck damit erschlagen wird. Wir sollen Ihnen unge-

scheut die Mietzinsumlage bewilligen. Da hat eines Ihrer fähigsten Mitglieder, der verstorbene Gemeinderat Winarsky mit den ~~xxxx~~ schärfsten Worten festgelegt, dass die Besteuerung des Mietzinses als ein Verbrechen gegen die Kultur und die Gesundheit der Bevölkerung zu bezeichnen ist. (Zustimmung bei den Christlichsozialen) Wir nehmen diesen Standpunkt nicht ein, sondern geben Ihnen eine Reihe von Wohnungen, die Luxuswohnungen zur Besteuerung frei. (Rufe bei den Sozialdemokraten:) Nun, was wollen Sie denn dann? Aber Wohnungen bis zu 1200 K sind doch keine Luxuswohnungen!

GR. Bermann: (Soz.-Dem.) Sie wissen, dass diese Mieter 50 bis 60 K pro Jahr zu bezahlen haben.

GR. Rotter (christl.-soz.) Das ist eine Zinssteigerung.

GR. Forstner: (christl.-soz.) Zinssteigern können wohl die Hausherrn besser!

GR. Kunschak: Wir sollen auch der Erhöhung der Strassenbahntarife zustimmen.

GR. Iser: (Soz.-Dem.) Die Sache ist schon längst erledigt. Hätten Sie ~~das~~ geredet.

GR. Kunschak: Sie werden mir als einem Anhänger der freien Republik doch noch zugestehen, dass ich rede, was ich will.

Vize-Bgm Emmerling: Aber zur Tagesordnung.

GR. Kunschak: Ich befürchte, dass Sie in dieser Frage die Finanzlage zu retten, den Bogen überspannt haben und den Effekt nicht erzielen. Sie werden sehen, was die Erhöhungen für eine Folge haben werden. Unsere Stellungnahme ist keine faktische.

GR. Beermann (Sozialdem.) Scheinbar doch!

GR. Kunschak: Wenn Sie nicht unter dem Einflusse eines Finanzreferenten stehen würden, der alles vom fiskalischen Standpunkte aus betrachtet, dann würden Sie auch anderer Meinung sein. Die Beamten wollen von der Gemeinde nichts Unmögliches verlangen, und werden auch so viel Einsehen haben, ihre Forderungen auf jenseitige Mass zurückzulegen, die von der Gemeinde noch ertüchtlich befunden werden können. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Skaret (Soz. Dem. Gezer Iredner pro): Die heutige Sitzung des Gemeinderates erinnert mich an die gute alte Zeit, in der wir hier als Sozialdemokraten mit Ihnen oft um einige wenige Heller Erhöhungen gerauft haben, die Sie Ihren Angestellten und Arbeitern in der Gemeinde zukommen lassen sollten. Wenn ich mir in der ganzen Zeit jetzt Ihre Reden angehört habe, so bin ich erstaunt, wie nach einer so kurzen Spanne Zeit der Beseitigung Ihrer Herrschaft Sie in einer solchen Weise umlernen konnten.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Sie haben leider auch ungelern.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Wenn die städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten von Ihnen gar nichts wissen würden, wenn die Vergangenheit vollständig ausgelöscht würde, könnte ich mir denken, es ist heute vielleicht noch ein Mensch da, welcher Ihren Worten Glauben schenkt oder eine einzige Ihrer Reden ernst nimmt. (Klatschen links). Sie haben die Beamten, Lehrer und Arbeiter, solange Sie an der Herrschaft waren in einer Weise drangsaliert, die kein zweites Beispiel mehr auf dem Kontinent hat.

GR. Marie Kramer (Soz. Dem.): Deputationen sind vom Bürgermeister hinausgeworfen worden. (Gegenruf: Ist das bei Ihnen noch nicht vorgekommen?)

GR. Skaret (Soz. Dem.): Die Herren haben auch damals immer versucht, die Galerien bei solchen Verlagen zu wattieren, die Sie auf die Galerie hinaufgeschickt haben, dass waren ausgesuchte waschechte Leute, die den Auftrag gehabt haben, von der Galerie herab, eventuell auch uns zu beschimpfen. (Widerspruch rechts). Wenn heute Herr VB. Emmerling eine Mahnung an die Galerie gerichtet hat, sie möge sich in die Verhandlungen nicht einmischen, sind von Ihren Bänken merkwürdigerweise Zurufe „Oho“ gefallen. Wenn Sie da nicht leugnen wollen, dass Ihnen die Sache nicht gemacht verkommt, sehe ich in der Tat nicht, was Sie damit bewerkstelligen wollen. Ich gehöre mit zu denen, die es auf das Tiefste bedauern, dass für unsere Altpensionisten, an dieser Frage nicht mehr gewichen kann, als in der Verlage niedergelegt ist. Wir haben heute nicht mehr so freie Hand in der Frage der Regulierung. Wir haben nicht mehr derartige Löhne, wie Sie seinerzeit gehabt haben. (Zustimmung links) Ich wundere mich, wie ein Mitglied von Ihnen auf dem christlichsozialen Parteitag sagen konnte, Sie haben uns 80 Millionen da übergeben; Sie haben uns Betriebe übergeben, die wir in einiger wenige

Monaten vollständig Bankrott gemacht haben. Ende Mai d. J. haben wir hier die Herrschaft angetreten und eine Verschuldung des Gemeindehaushaltes von 400 Millionen Kronen vergefunden. (Hört! Hört! rufe bei den Sozialdemokraten und Gegen rufe bei den Christlichsozialen). Im November vorigen Jahres waren Ihre drei grossen kommunalen Betriebe bereits vollständig passiv (Widerspruch rechts und wir haben heute eine Verschuldung der Gemeindebetriebe mit ungefähr einer Viertelmilliarde. (Rufe bei den Christlichsozialen: Heute!) Ich habe in den Versammlungen nicht gesagt, daran ist die christlichsoziale Misswirtschaft schuld gewesen, sondern erklärt, die Christlichsozialen könnten heute gar nichts anderes machen, ^{als} was wir heute machen müssen. Diese grosse Verschuldung und alles das, was wir jetzt auf das Volk aufhalsen müssen, ist nicht die Schuld der einen oder anderen Partei, der einen oder anderen Verwaltung, sondern schuld eines 4-jährigen Krieges mit seinen Verwüstungen. (Lebhafte Zustimmung links) Sie gehen heute mit einer Demagogie sendergleichen hinaus und sagen, dass alles ist die Wirtschaft der sozialdemokratischen Partei. Glauben Sie, dass Ihnen das ein Mensch, der noch seine fünf gesunden Sinne beisammen hat, glauben kann? Ich mache denen draussen, denen Sie es in den Versammlungen versagen und die Ihnen zujubeln, keinen Vorwurf; die verstehen es nicht besser. (Zwischenrufe).

Aber wenn Sie die in der Gemeindestube ergraut sind, solche Dinge über die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung sagen, wenn Sie so reden, wie heute Kollege Vaugein und wie Kollege Kunschak nach ihm gesprochen hat, dann muss man sagen, hier ist es böse Absicht. (Zustimmung links und Widerspruch rechts). Es ist dies böse Absicht.

GR. Annie Seidel (Soz. Dem.): Demagogie!

GR. Skaret (Soz. Dem.): Es ist Ihre Parteidemagogie und sie versuchen irreführend nach Aussen zu wirken, weil Sie es nicht verwinden können, dass die Wiener Bevölkerung bei den Wahlen nicht hinter Ihnen, sondern hinter den Sozialdemokraten gestanden ist. (Zwischenrufe)

GR. Retter (chr. soz.): Ein Bezirksvorsteher mischt sich da in die Debatte hinein.

Versitzender VB. Winter: Ein Bezirksvorsteher ist zwar hier mehr als die Galerie, aber er darf sich weder auf, wieder noch

GR. Skaret (Soz. Dem.): Sie behaupten, dass Sie keine faktische Opposition machen, wenn Sie glauben, dass das sachliche Opposition ist, so stellen Sie an den Glauben der Bevölkerung ausserordentlich starke Anforderungen. Kollege Kunschak hat gesagt, die ganze Lehnpolitik der Gemeinde Wien habe ein grosses Loch, er verstehe nicht, wieso es kommt, auf der einen Seite freigebig, auf der anderen Seite wieder ausserordentlich knauserig. Ich könnte Ihnen von den vielen Jahren, die ich dort oben gesessen bin und hier die Masse der Christlichsozialen, ein Lied singen, dass ich es sehr häufig nicht verstanden habe. Wenn wir für einen Strassenkehrer, die damals mit 2 K entlehnt werden sind (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei den Sozialdemokraten) 1 Krone mehr verlangt haben.

GR. Retter (Chr. soz.): Dafür hat er damals etwas bekommen!

GR. Sofie Gärther (chr. soz.): Damals hat ein Gulasch 12 Kreuzer gekostet.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Kommen Sie nicht damit!

GR. Grünbeck (chr. soz.): Dann dürfen Sie nicht mit 2 Kronen kommen.

GR. Skaret: Wir haben durch Jahre hindurch bei allen Budgetdebatten und allen uns anbietenden Gelegenheiten den Antrag gestellt, man möge wenigstens diesen Strassenkehrern, die wirklich nicht auf Rosen gebettet waren, mehr geben. Sie haben gesagt, das ist noch immer besser als im Verzerrungshaus. Das waren Ihre Argumente. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Christliche Ehrenmänner!) Was hätte für Sie eine Aufbesserung von einer Krone änd er damalige Zeit ausgemacht, die Sie damals in Fett geschwommen sind, die auch den Unternehmungen jährlich 30 bis 34 Millionen den eigenen Kassen der Gemeinde zugewiesen und keine Schulen gehabt haben. Wir haben 400 Millionen Defizit und die Betriebe sind mit einer Viertelmilliarde passiv. Das sind andere Ziffern. Sagen Sie, was würden Sie jetzt in dieser Zeit, in der wir uns befinden, machen, wenn Sie noch an der Herrschaft wären? Wie hätten Sie die Betriebe saniert? Ich glaube, Sie hätten um garnichts anderes arbeiten können, als wie die sozialdemokratische Partei heute in der Lage ist, arbeiten zu können. Da komme ich zu dem, was Kollege Kunschak über die Steuerverlage gesagt hat.

Sollen wir in diesem Jahre mit dem Pensionsdefizit abschliessen, und immer wieder neue Defizite machen? Dass Ihnen die Zinsaufwandssteuer ein Dorn im Auge ist, können wir wohl begreifen, aber was hätten Sie in unserer Lage gemacht. Sie hätten wahrscheinlich die Zins- und Schulkreuzer erhöht. (Widerspruch bei den Christlichsoz.) Was wäre der Fall gewesen? Dass der arme Teufel in seiner Kellerwohnung von der Krone genau soviel Zins heller hätte zahlen müssen, wie der Reiche in seinem Ringstrassenpalais) (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Rummelhardt: (christl.-soz.) Wer sagt Ihnen, dass wir das gemacht hätten?

GR. David (Soz.-Dem.) Was wäre Ihnen den übrig geblieben?

GR. Skaret: Weil Ihr Kollege gesagt hat, man hätte eine gleichmässige Steuer schaffen müssen, die alle trifft. Sie schimpfen draussen, über unsere Steuervorlagen, aber niemand hat noch erklärt, wie wir diese 400 Millionen decken sollen. Wenn Sie heute in diesem Saale in der Stellung, in die Sie der Mangel an Vertrauen in der Wiener Bevölkerung gedrängt hat, heute hier demagogische Reden zum Fenster hinaus gehalten haben, so kann man auf Grund der Erfahrungen, die man aus Ihrer Vergangenheit gemacht hat, sagen: Im Schoosse der Sozialdemokratie sind die Interessen der Arbeiter, der Beamten und Lehrer am allerbesten gewahrt. (stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Speiser (Soz.-Dem.) führt in seinem Schlusse aus: Ich möchte es am liebsten der Urteilskraft der Angestellten überlassen, die plötzlich aufgetauchte Angestelltenfreundlichkeit von der anderen Seite einzuschätzen. Was die Anregungen der Gemeinderäte Prochaska und Arntner betrifft, so hat ja gewiss der Gemeinderat mit diesen Pensionisten Mitleid.....

Rufe bei den Christlichsozialen: Sie wollen lieber Zulagen, die brauchen nicht Ihr Mitleid.

GR. Speiser: Die wollen Zulagen zu jenen kleinen Pensionen, mit denen Sie die Leute fortgeschädigt haben.

GR. Schmitz (christl. soz.): Geben Sie den Leuten als Zulagen die Pensionen nach dem heiligen Werte, die wir gegeben haben.

GR. Speiser: Es ist schwer in einem Jahre alles das gutzumachen, was Sie in 30 Jahren schlecht gemacht haben. Ich gebe zu, dass die

erhöhten Pensionen heute, ebenso, wie die Bezüge sämtlicher arbeitenden Menschen für die heutigen Lebensverhältnisse unzulänglich sind. Ich muss als Referent die Anträge, die von den Herren gestellt worden sind, leider ablehnen, ebenso die Anträge der Herren Haider und Vaugoin, weil sie der Gemeinde 30 Millionen Kronen kosten würden und die hat die Gemeinde nicht. (Rufe bei den Soz.-Dem.) Vaugoin-Demagogie!

GR. Vaugoin (christl.-soz.) (zu den Sozialdemokraten): Ich habe schon mehr für die Beamten gearbeitet, als Sie alle miteinander.

Der Referent bringt Reden der Gemeinderäte Vaugoin und Kienböck aus dem Gemeinderate vom Mai und Juli d.J. vor, mit denen er dargetut, dass damals erklärt wurde, dass keine höheren Beträge für die Beamten und Angestellten ausgesetzt werden können, weil es die Gemeindefinanzen nicht erlauben. Redner weist auch darauf hin, dass im Juni 1915 für die Angestellten monatliche Teuerungszulagen von 9 K und Kinderzulagen für ein Kind mit 3 K monatlich bewilligt wurden. Diese Teuerungszulage sollten jene Angestellten mit ~~wenigstens~~ höchstens 3000 K Gehalt bekommen. Wenn von Hampelmännern im Saale geredet wurde, so erinnert Referent an die Barrierestücke der Majorität. An dem Zustandekommen der zwischenamtlichen Stelle seien die Christlichsozialen genau so beteiligt, wie die Sozialdemokraten. Wenn gesagt wurde, dass Präsident Seitz erklärt habe, dass ein Dreher mehr sei als ein geistiger Arbeiter so müsse Redner erklären, dass dies unrichtig sei, da es sein Recht sei einen Abwesenden zu verteidigen, umso mehr, wenn dies der Präsident der Republik ist. Redner betont, dass die Minderheit eine gemüthliche Politik mache, in dem sie sage, dass sie prinzipiell gegen Steuererhöhungen sei. Sie habe aber noch nie gesagt, dass ihr eine Steuer recht sei, weil sie nicht so gemacht wird, wie sie die Minorität haben will. Wenn gesagt wird, dass zwei Zimmer, Kabinett und Küche in der Mietzinsverlage als Luxuswohnung ~~an~~ angesehen werden, so betont Referent, dass an diesen

Zustand die frühere Verwaltung schuld sei. Infolge der Politik dieser Verwaltung ist eine solche Wohnung eine Kuxuswohnung. Was dem Finanzreferenten Breitner anbelangt, der alles vom ^{fiskalischen} Standpunkt aus betrachte, sagt Redner, dass die Mehrheit die Arbeit und die Bestrebungen des GR. Breitner voll verstehe und dass sie seine schweren Sorgen um die Finanzen der Stadt voll würdige. Gegen ungerechtfertigte Angriffe müsse er verteidigt werden.

Sie haben vor 30 Jahre lang versprochen und nichts gehalten, wir aber haben vor einem halben Jahr versprochen und einen grossen Teil des heute möglichen schon eingelöst und sind an der Arbeit immer mehr von dem durchzuführen, was wir versprochen haben. Wir würden nur wünschen, dass eines in Erfüllung gegangen wäre, was Sie uns versprochen haben und auf welchem Punkt wir immer stossen: Sie haben uns den Sieg versprochen und haben uns ins Unglück geführt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. - Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Das glaubt Euch keine Kuh mehr in Wien! Ihr habt Euch der Herbeiführung, der Niederlage und des Zusammenbruches gerühmt!) Ich vertrete die Vorlage mit freudigen Herzen sondern nur deshalb, weil wir nicht mehr Geld und nicht mehr machen können. Wir haben die Angestellten, Arbeiter, Lehrer und Beamten dieser Stadt politisch befreit und wir werden arbeiten, alle ehrlichen Menschen dieser Stadt auch wirtschaftlich zu befreien. Darauf ist eine solche Vorlage natürlich nur eine kleine Anzahlung, aber Sie haben die kleine Anzahlung zu einem politischen Kampf benützt und daher mussten wir mit Ihnen politisch abrechnen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Vaugoin (chr. soz.) werden bei der Abstimmung alle Abänderungs- und Zusatzanträge abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.